

Alban Werner (Aachen)

Demokratiethorie im Zeitalter post-neoliberaler Austerität

Aktuelle Krisenerscheinungen der Demokratie haben tiefere Grundlagen in der Struktur bürgerlicher Gesellschaften, die sich durch kapitalistische Dynamik und formale Organisiertheit ihrer sozialen Kontexte auszeichnen. Unter den Bedingungen fiskalischer Austerität gelingt es in diesen Gesellschaften nicht mehr, AkteurInnen hervorzubringen, die politische Kompromisse zulasten der ökonomisch Mächtigen erzwingen. Anstatt hegemonialer Politik wird die gegenwärtige Phase deswegen geprägt von gesellschaftlicher Disziplinierung, in der Rechte und Pflichten der BürgerInnen zulasten von SozialstaatsklientInnen neu justiert werden.

*Keywords: Neoliberalismus, Demokratiethorie, Ideologie, Hegemonie, Wohlfahrtsstaat
Neoliberalism, democratic theory, ideology, hegemony, welfare state*

1. Gesellschaftsdiagnosen und Demokratiethorie

Eine kritische Demokratiethorie muss ausgehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die politische Selbstbestimmung der Menschen zur Geltung kommen soll. Sie sollte bei den Intentionen der Bürgerinnen und Bürger anfangend die Institutionen der politischen Herrschaftsordnung daraufhin befragen, ob und wie sie es gestatten, durch Kooperation, Konflikt oder eine Verbindung von beidem gewünschte Ziele zu erarbeiten und zu realisieren. Es muss darum gehen, zu möglichst realitätsgerechten Einschätzungen zu gelangen, welche gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und Praktiken sich negativ als Hindernisse oder positiv als Ermöglichungsbedingungen auf politische Selbstbestimmung auswirken können. „To discuss democracy without considering the society in which this democracy is to function is an operation worthy of an ostrich.“ (Przeworski 1990, 102)

In diesem Beitrag wird die These erörtert, dass die derzeitige Lage kapitalistischer Demokratien in den Industriegesellschaften Nordamerikas und Europas als „Konstitutionskrise“ verstanden werden kann. Unzufriedenheit mit den real existierenden Institutionen und Prozessen politischer Entscheidungen können nicht auf Mängel in der politischen Repräsentation verkürzt werden. Was derzeit in immer deutlicheren Konturen als Krise hervortritt, ist durch Austausch des politischen Personals alleine nicht auflösbar. Die Krise hat ihre Wurzeln in einem Zusammentreffen von strukturellen Eigenschaften von Demokratien in bürgerlichen Gesellschaften und den Folgen von inzwischen mehreren Jahrzehnten „neoliberaler“ Reformen des Wohlfahrtsstaates, die sich im Regime fiskalischer Austerität kristallisieren. Eine Diagnose zu Entwicklungsmöglichkeiten von Demokratien fällt deswegen ernüchternd aus, weil politische Kräfte, die die politische Unbeweglichkeit der aktuellen Konstellation auflösen könnten, entweder kaum plausible Ziele verfolgen oder gar nicht in Sicht sind.

Ausgangspunkt demokratiethoretischer Erörterung sollten die konkreten Bürgerinnen und Bürger sein, ihre Intentionen, um derentwillen sie sich kollektiv politisch organisieren (vgl. Abromeit 2002, 165). Wenn demokratiethoretische Betrachtung gesellschaftlicher Verhältnisse

hier ansetzt, wird sie identische Strukturen in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedlich bewerten. Ein und dieselbe Institution erhält eine andere Bedeutung, wenn sich die AkteurInnenkonstellation ändert, in die sie einbezogen ist. Die Familie als Sozialstruktur beispielsweise ist von feministischer Seite als patriarchale Institution kritisiert worden, in der Frauen ausgebeutet und auf ein bestimmtes Rollenprofil festgeschrieben werden. Doch genauso, wie diese Kritikpunkte zutreffen, verfehlen sie den Status von Familien als Zentrum sozialer Netzwerke in migrantischen Sozialmilieus. In der Bundesrepublik z.B. sind für Menschen mit Migrationshintergrund schwierige soziale Lagen in Ermangelung „sozialen Kapitals“ (Bourdieu) in der Aufnahmegesellschaft ohne familiäre Netzwerke oftmals gar nicht zu bewältigen (vgl. Terkessidis 2010, 121f.). Wie noch zu zeigen ist, trifft ein Bedeutungswandel mit ähnlicher Tragweite auch auf die Strukturen kapitalistischer Demokratien zu.

So erschließt sich die Relevanz fundierter und insbesondere popularisierter sozialtheoretischer Zeitdiagnosen für AkteurInnen in der Demokratie. Man bedient sich zeitdiagnostischer Deutungen, um aus dem unübersichtlichen Geflecht gesellschaftlicher Interdependenzen Realitätsausschnitte zu isolieren, einen kollektiv geteilten Sinn zu schaffen und daraus Handlungsorientierungen zu gewinnen (vgl. Schimank 1988, 623). Zeitdiagnosen können einen Eindruck vermitteln davon, wie im politischen Geschehen involvierte AkteurInnen die gegenwärtige Lage deuten, wie sie die wahrgenommenen Handlungsalternativen in einer bestimmten geschichtlichen Konstellation bewerten und welche Vorgehensweise sie in der Konsequenz ergreifen (oder auch nicht).

Damit Zeitdiagnosen handlungsprägende Wirkungen entfalten können, ist es unter den Bedingungen moderner Massendemokratien ausreichend, wenn die politischen Eliten diese Deutungsangebote annehmen, in ihre Handlungsprämissen integrieren und in diskursiven Aushandlungsprozessen zur Rechtfertigung bestimmter Vorgehensweisen darauf rekurrieren. „By promoting particular discursive structures, elites could alter the perceptual and interpretative frameworks, the understanding of self within the political system, and therefore the structure of political behavior.“ (Deegan-Krause; Enyedi 2010, 697)

Die Führungsebene einer konservativen Partei beispielsweise kann beeindruckt werden vom diagnostizierten Ende des „männlichen Ernährermodells“ und daraufhin auf einen Modernisierungskurs in der Geschlechterpolitik umschwenken, ohne dass die Orientierungen ihrer Parteibasis damit abgebildet werden. Selbstverständlich können (und in Organisationen mit demokratischen Selbstverständnis: *sollten*) diese „gemeinsamen evaluativen Orientierungen mitsamt den zugrunde liegenden kognitiven Deutungen der betreffenden gesellschaftlichen Zusammenhänge“ (Schimank 2010, 325) auch in einem Aushandlungsprozess mit den Organisationsmitgliedern an der Basis formuliert, kritisiert und verbindlich gemacht werden.

Zwei aktuell diskutierte Zeitdiagnosen dieser Art sind die der „Postdemokratie“ und des „Post-Neoliberalismus“. Sie teilen bestimmte Ausgangsannahmen, tendieren allerdings zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Handlungsoptionen derjenigen AkteurInnen, die sie in erster Linie informieren wollen. Beiden ist ein anti-neoliberales politisches Programm gemeinsam, das großes Unbehagen und massive normative Ablehnung gegenüber der dominanten ökonomischen Doktrin und den re-kommodifizierenden Reformen des Wohlfahrtsstaates artikuliert. Die Diagnose der Postdemokratie bestimmt Aussichten politischer Selbstbestimmung angesichts der Wucht von Weltmarktkonkurrenz und der Marginalisierung anti-neoliberaler Kräfte sehr pessimistisch (vgl. Crouch 2004, 105). Unter dem Begriff des „Postneoliberalismus“ hingegen sammeln sich Sondierungen des politischen Terrains, die sich an ein breites Spektrum anti-neoliberaler AkteurInnen richten (Bewegungen, Parteien, Regierungen, Intellektuelle) und

das Gelegenheitsfenster für deren Ziele untersuchen wollen. Beide Diagnosen sollen auf der Folie einer anstehenden Phase von Austerität befragt werden; aber vorher ist zu klären, wo die Wurzeln dieser Entwicklung liegen.

2. Grundlagen demokratischer Krisensymptome in den Strukturen und Dynamiken bürgerlicher Gesellschaften

Die Vorläufigkeit jeder Bewertung bestehender demokratischer Ordnungen rührt nicht aus formalen Strukturen der Demokratie, die in der Tat immer unvollkommen bleiben, sondern aus der inhärenten Dynamik des ihr zugrunde liegenden Gesellschaftstyps, namentlich der *bürgerlichen Gesellschaft*.

Was die *bürgerliche* als Gesellschaftstyp auszeichnet, ist das strukturelle Verhältnis von politischer Allgemeinheit und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Produktionsweise. Im Gegensatz zu nicht-säkularen Regimen, die eine Fortsetzung der offiziell verordneten Lebensweise des Staatsbürgers in der Privatsphäre vorschreiben, erklärt der Staat in dieser Gesellschaft die Überzeugungen und Neigungen der Herrschaftsunterworfenen zu legitimen und nicht antastbaren Gegenständen ihrer privaten Willkür. Dieses Motiv der *Trennung*, d.h. einer Abschottung gesellschaftlicher Teilbereiche mit eigenen Institutionen, Handlungslogiken und Idiosynkrasien vor dem Zugriff der im Staat imaginierten Allgemeinheit findet historisch seine kongeniale Präzisierung zu einem politischen Programm im Liberalismus.

Confronting this world, liberal theorists preached and practiced an art of separation. They drew lines, marked off different realms, and created the sociopolitical map with which we are still familiar. The most famous line is the 'wall' between church and state, but there are many others. Liberalism is a world of walls, and each one creates a new liberty. (Walzer 1984, 315)

Das erfolgreiche Bürgertum entledigt sich des *ancien régime* mittels formalisierter Interventionsbeschränkungen. Der Untertan als Herrschaftsunterworfener verschwindet. Stattdessen lässt die neue Herrschaftsform Menschen als BürgerInnen in zwei Rollen zerfallen: Als individuelles Mitglied der vorgestellten politischen Allgemeinheit, der StaatsbürgerInnennation, sind sie *citoyen*, und werden regiert als Gleiche. Als Ausübende ihrer legitimen privaten Interessen sind sie *bourgeois*, die untereinander über durchaus ungleiche Ausstattungen verfügen.

Die Differenz zwischen dem religiösen Menschen und dem Staatsbürger ist die Differenz zwischen dem Kaufmann und dem Staatsbürger, zwischen dem Tagelöhner und dem Staatsbürger, zwischen dem Grundbesitzer und dem Staatsbürger, zwischen dem lebendigen Individuum und dem Staatsbürger. (MEW 1, „Zur Judenfrage“, 355)

Mit der Abschaffung obrigkeitstaatlicher Willkürherrschaft werden einerseits daher Herrschaftsverhältnisse sanktioniert, die auf diesen Ausstattungen beruhen – LohnarbeiterInnen haben die Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ProduktionsmittelbesitzerInnen diejenige, sie einzukaufen. Die Entfesselung des Eigennutzes allerdings bedeutet für beide, dass sie „zum Spielball fremder Mächte“ (ebd.) werden, der anonymen Herrschaft der Kapitalakkumulation unterworfen. Möglich wird diese Entfesselung ebenfalls mit dem Motiv der Trennung, denn die Freiheit der

bourgeois realisiert sich ganz wesentlich durch die neu erworbene Möglichkeit, gegeneinander gleichgültig zu sein. „Die Freiheit des egoistischen Menschen und die Anerkennung dieser Freiheit ist aber vielmehr die Anerkennung der zügellosen Bewegung der geistigen und materiellen Elemente, welche seinen Lebensinhalt bilden.“ (MEW 1, 369) „Zügellos“ werden kann die Akkumulationsbewegung, weil die politisch eingezogenen Trennungen verbürgen, dass „jeweils funktions- oder systemfremde Gesichtspunkte und Hemmungen ausgeschaltet werden“; so liefert die Entfesselung der kapitalistischen Produktionsweise von ständischen und vor-modernen Schranken zugleich den Motor funktionaler Differenzierungen (vgl. Rosa 2005, 296). Zweifelsfrei kommen bürgerliche Gesellschaften aber nicht ohne *Regierung* aus. Hier sind mindestens drei Problemkomplexe anzusprechen.

2.1 Schöpferische Zerstörung und politische Dezision

„Der Kapitalismus ist die revolutionäre Produktionsweise par excellence, die den gesellschaftlichen Strukturwandel auf Dauer stellt.“ (Deutschmann 2002, 103) Eine kapitalistische Wirtschaft als Produktionsweise, die Menschen zur Reproduktion in ein zunehmend differenziertes System von Arbeitsteilung einbindet, erzeugt für die politischen Entscheidungsinstanzen einer Gesellschaft beständigen Problemdruck. Sie eröffnet dabei auch zugleich die bereits angesprochenen Optionen politischer Eliten, Strukturen und Selbstverständnisse auszuarbeiten, auf denen die immer wieder neu herzustellende gesellschaftliche Ordnung wesentlich beruht.

Erstens bringt Kapitalismus eine Orientierung hervor, die Marx mit dem Kreislauf Geld – Ware – mehr Geld (G–W–G) beschrieben hat. Es ist das Ziel des kapitalistischen Unternehmers, aus Geld mehr Geld zu machen. Auf dem Weg dahin werden alle Verhältnisse, Menschen und Materialien instrumentalisiert. Neben die o.g. Gleichgültigkeit gegenüber zielfremden Bezügen, die die Entscheidungssituation von KapitalbesitzerInnen kennzeichnet, tritt allerdings eine Belastung durch hohe Komplexität und Nicht-Wissen. Märkte, auf denen KapitalbesitzerInnen als AnbieterInnen auftreten und um kaufkräftige KonsumentInnen konkurrieren, „stiften nur eine relativ schwache soziale Ordnung im Sinne eines eingespielten Musters der Interdependenzbewältigung zwischen Akteuren“ (Schimank 2008, 24). Um sich für die hochgradig kontingente Struktur des Marktes zu wappnen, erhält die Re-Investition der Erträge in Verbesserungen des Produktionsapparates Priorität vor ihrem Verzehr. „Also spart, spart, d.h., rückverwandelt möglichst großen Teil des Mehrwerts oder Mehrprodukts in Kapital! Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen.“ (MEW 23, „Das Kapital“, 621) Andererseits zwingt die Dynamik der Konkurrenz, in der Stillstand gleichbedeutend mit Zurückfallen hinter das Niveau der Mitbewerberin wird, den Kapitalisten eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Bestand gesellschaftlicher Strukturen auf. Im gesetzlich zugelassenen Rahmen, den die Herrschaftsgewalt den einzelnen ProduktionsmittelbesitzerInnen lässt, aber bei Gelegenheit durchaus auch darüber hinaus werden Verhältnisse zerstört und ersetzt, sofern sie sich der Akkumulationsbewegung als lästige Hindernisse darstellen. Deswegen ist Kapitalismus ein „Prozess der ‚schöpferischen Zerstörung‘“ (Schumpeter 1993 [1942], 138). Die Handlungssituation der Einzelkapitale zeichnet sich aus durch den Versuch, möglichst diszipliniert „eine Situation zu meistern, die bestimmt sich sofort wieder ändern wird – als einen Versuch dieser Unternehmungen, sich auf einem Boden, der unter ihnen weggleitet, aufrechtzuerhalten“ (ebd., 139). Dass dieses Antriebsmoment gesellschaftsverändernde Qualitäten entfaltet, wird noch deutlicher, wenn man Schumpeters „Neigung zur Hypostasierung der individuellen Schöpferkraft des Unternehmers“ (Deutsch-

mann 2002, 97) als einziger Instanz der Innovationen aufgibt und betrachtet, inwiefern die Neuerungen, die kapitalistische Produktion hervorbringt und dabei überkommene Strukturen verändert, auf einem sozialen Prozess basieren. „Der Unternehmer kann seine Mission nur erfüllen, wenn es ihm gelingt, seine soziale Umwelt, d.h. seine Arbeiter ebenso wie seine Ingenieure, Experten, Kunden, Lieferanten, Kapitalgeber, ‚politischen‘ Verbündeten, für seine Ideen zu mobilisieren“ (ebd.).

Damit ist – zweitens – bereits angesprochen, dass die Sozialstruktur (im Sinne hierarchischer Anordnung von Individuen im sozialen Gefüge) in der bürgerlichen Gesellschaft eine wesentlich dynamische ist. Nachdem „[a]lles Ständische und Stehende verdampft“, und „alles Heilige [...] entweicht“ worden ist (MEW 4, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 465), sind soziale Lagen nicht mehr durch angeborene Rechte auf Güter und Positionen vor den Umwälzungen geschützt, welche die kapitalistische Akkumulation mit sich bringt. Kontingenz, verstanden als Optionenvermehrung, prägt die neue historische Konstellation. Ihre Wurzel hat sie paradoxerweise in der oben beschriebenen Handlungsorientierung der UnternehmerInnen als KommandeurInnen der Einzelkapitale. Je stärker sie sich strenge Disziplin auferlegen, um noch mehr zu akkumulieren und noch schneller der Konkurrenz bei Produkt- und Prozessinnovationen vorauszuweichen, so dass den anderen statt ihnen „der Boden unter den Füßen entgleitet“¹, desto mehr wird die Gesamtstruktur der Gesellschaft und mit ihr die Anordnung und Stabilität sozialer Lagen dynamisiert. Kapitalistische Akkumulation wälzt gesellschaftliche Verhältnisse mal langsamer, mal schneller um, indem durch Prozess- und Produktinnovationen Menschen aus dem Produktionsprozess herausgeworfen und wieder hineingezogen werden (vgl. MEW 23, „Das Kapital“, 661). Die gegeneinander gleichgültige Bewegung der Einzelkapitale saugt Menschen als Arbeitskräfte in den Prozess der Werterzeugung und spuckt sie wieder aus, fügt die Masse der Betroffenen allerdings selbst in keine soziale Struktur ein (vgl. Przeworski 1986, 88f.).

Surplus labor may assume the form of employment in the state administration; it may assume the form of early retirement, of large standing armies, of ten million college students. It may assume the form of impediments to productive employment of women, it may assume the form of three-day weekends, and so on. The form of organization of surplus labor is not determined by the relations of production. (ebd.)

Die Einzelkapitale stehen unter einem Zwang anonymer Konkurrenz zueinander und werden von einer formalen Rationalität angeleitet. Sie könnten deswegen die Kontingenz, die sie mittels ihrer Handlungen in der bürgerlichen Gesellschaft auslösen, selbst dann nicht bearbeiten, wenn sie es wollten. Ihre verallgemeinerte Handlungsorientierung ist die nach mehr Geld, das qualitativ schrankenlos ist (vgl. Deutschmann 2002, 95), und qualifiziert weder sie, noch AgentInnen in ihrem Auftrag zur Gestaltung sozialer Ordnung, weil eine Ordnung für differenzierte Gesellschaften sich nicht allein auf anonyme Austauschverhältnisse stützen kann; deswegen ist theoretisch eine „Ableitung“ (mit wie vielen eingebauten „Vermittlungen“ auch immer) politischer Herrschaftsordnungen aus der Anatomie der kapitalistischen Ökonomie unplausibel. Allein durch politische Deziision ist die durch Tätigkeiten der bourgeois entstandene Kontingenz handhabbar. Wo Gesellschaften nicht mehr auf einem Bestand unterhinterfragter kultureller und sozialer Bestände beruhen, kann die Ordnung nur durch politische (d.h. kollektive) Entscheidungen gestiftet werden (vgl. Greven 1999, 13); im Gegensatz dazu geht der Zustand der Wirtschaft aus einer Aggregation der insolierten Entscheidungen von Einzelkapitalen hervor (vgl. Schimank 2008, 28).

2.2 Regierung und Opposition in der bürgerlichen Gesellschaft als Kampf um Hegemonie

Die Handlungslogiken sind daher für „bourgeois“ und „citoyen“ wesentlich unterschiedlich. Die Betätigung des bourgeois realisiert sich vor allem in der Anwendung und Vergrößerung seines Eigentums. Sie ist im Kern „monologisch“, weil sie voraussetzt, alle anderen vom Genuss des angestrebten Gutes ausschließen zu können. Aber nur durch gemeinschaftliches Agieren als Teil eines verstetigten Handlungszusammenhangs werden aus den citoyens „Sekundärbürger“ (Schmitter 1995, 50). Organisationsprozesse treten ebenfalls eine eigentümliche Dynamik im gesellschaftlichen Gefüge los, die die Kontingenz der bürgerlichen Gegenwartsgesellschaften prägt.

Wenn sich in einem Gesellschaftsbereich die erste Gruppe von Individuen mit gemeinsamen Interessen zu einem korporativen Akteur zusammenschließt und diese Interessen dann – was nicht zwangsläufig immer so sein muss – erfolgreicher als vorher vertritt, schmälert das fast immer die Interessenverfolgung einer anderen Gruppe. Sobald die zu letzterer gehörenden Individuen dies erkennen, ist das für sie oftmals ein gewichtiger Anreiz, sich zu organisieren. (Schimank 2005, 25)

Bei insgesamt knappen Gütern und Positionen, sowie sich gegenseitig ausschließenden Entwürfen einer „guten“ oder „gerechten“ Gesellschaftsgestaltung führt dann an der Organisation der eigenen Anliegen kein Weg mehr vorbei. Die kritische Demokratietheorie hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die „Durchorganisation“ der Gesellschaft Ungleichheiten eher verstärkt als abmildert, weil sich durch ungleiche Ressourcenausstattungen und unterschiedlich gute „Organisierbarkeit“ von Ideen und Interessen soziale Ungleichheit in politische Asymmetrien fortsetzt (vgl. Schmitter 1995, 55). Auch auf dieser Folie erweist sich der citoyen als bloße „Löwenhaut“ des bourgeois (vgl. MEW 1, „Zur Judenfrage“, 355).

Politische Herrschaft in einer Gesellschaft mit den oben beschriebenen Eigenschaften kapitalistischer Dynamik und „sozialer Organisiertheit“ zu begreifen erfordert, Handlungsziele und -optionen der politischen AkteurInnen unter diesen Bedingungen begrifflich einzufangen. Zu diesem Zweck hat Antonio Gramsci das Konzept der *Hegemonie* konkretisiert. Während sich Kapitalherrschaft anonym „hinter dem Rücken“ der Betroffenen vollzieht, ist Hegemonie nicht ohne Intentionen der Menschen denkbar, es ist eine Herrschaftsform die sich auf Ideen und Interessen der Herrschenden und Beherrschten zurückverfolgen lässt. Für Gramsci ist Politik ein Handlungsraum mit eigener Dichte und strukturierten Regelmäßigkeiten. Politische Herrschaft ist nicht allein die Absicherung ökonomischer Herrschaftspositionen, und folgt nicht nur reagierend auf Kapitalbewegungen, sondern bildet aktiv Sichtweisen des Guten und Richtigen. Dabei werden enger gefasste ökonomische Interessen mit aufgenommen – überhaupt ist wahrscheinlich keine erfolgreiche politische Herrschaft in Demokratien denkbar, ohne dass zumindest in irgendeiner geeigneten Form die ökonomischen Interessen der Beherrschten beantwortet werden (vgl. Przeworski 1986, 140). Hegemonie setzt voraus,

dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, dass also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt. (Gefängnisheft 13, 1567)

In hegemonialer Politik verbinden sich materielle und ideologische Elemente; es ist gerade die Verbindung von ökonomisch wirksamen Interventionen und moralischer bzw. kultureller Sinnstiftung, die Fügsamkeit gegenüber staatlich gestützter Herrschaft garantiert. „Politische Programme müssen akzeptabel und realisierbar sein, d.h. sie erfordern intersubjektive Zustimmung zum Vorschlag neuer Handlungsweisen.“ (Joas 1992, 170) Es bedarf der politischen Klugheit und flexibler Handlungsfähigkeit, innerhalb komplexer Akteurskonstellationen Herrschaft zu organisieren, zu erlangen und zu stabilisieren. Zum Gegenstand dieser Herrschaft werden regelmäßig die Schaffung, Stabilisierung oder Veränderung der gesellschaftlichen Struktur selbst, die sich durch kapitalistische Akkumulation beständig wandelt, als auch die Aufgabe, die periodisch erzeugte Überschuss-Population in einer gesellschaftlich akzeptablen Weise auf soziale Positionen zu verteilen. Für letztgenanntes Problem besteht die je nach Gesellschaft unterschiedlich ausfallende Variante darin, eine Ordnung zu begründen, in die die noch unstrukturierte Masse von erwerbsabhängigen Existenzen eingegliedert wird (vgl. Gefängnisheft 13, 1544). Ein Ordnung dieser Art ist dabei das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe darum, wie sich der akkumulationsbedingte Reichtumszuwachs in der Gesellschaft abzubilden hat. „It is directly an effect of class struggles“ (Przeworski 1986, 88) und für die Betroffenen keine Täuschung, nicht weniger „real“ als die nackte Tatsache der Lohnabhängigkeit.

2.3 Differenzierungsgewinne und Verwundbarkeit in der bürgerlichen Demokratie

Mit dem Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen im 20. Jahrhundert einher ging eine beachtliche Pluralisierung der Optionen. Es schließt sich der Kreis zum Zusammenhang, der zu Beginn des Abschnitts skizziert wurde. Indem sie sich organisieren, erzwingen gesellschaftliche Kräfte eine Berücksichtigung ihrer Anliegen und finden Eingang in die Konstellation, die ihre Hegemonie gesellschaftlich verwirklichen kann. Hegemonie ist deswegen kein Widerspruch zu, sondern geradezu ein *Ausdruck* von gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen. Differenzierung wird ermöglicht über Integration von Individuen in Organisationen, welche die Institutionen, Handlungslogiken und Idiosynkrasien (siehe 2.) unterschiedlicher gesellschaftlicher Kontexte materiell und sinnhaft konkretisieren. Hegemoniale Politik wird paradoxerweise gleichzeitig schwieriger und umso stärker erforderlich, je mehr sich die gesellschaftliche Polykontextualität durchsetzt, weil die unterschiedlichen Handlungslogiken in Widerspruch geraten können und immer wieder auch geraten (vgl. Schimank 2005, 39). Wenn der gesellschaftliche Differenzierungsgrad von arbeits- und integrationsfähigen Organisationen abhängt, bedeutet es allerdings umgekehrt in mindestens dreifacher Weise seine Verwundbarkeit gegenüber den Dynamiken der kapitalistischen Akkumulation und den politischen Gestaltungsversuchen der gesellschaftlichen Struktur, die oben skizziert wurden.

Erstens stellen die jeweiligen Handlungslogiken der verschiedenen gesellschaftlichen Kontexte Autonomisierungsgewinne sowohl gegenüber politischer Herrschaft, als auch den ökonomischen Strukturimperativen dar; sie stehen aber unter einem strukturellen Vorbehalt. Als Unterpfeiler, um die Optionen konkretisieren und realisieren zu können, die Individuen und Kollektive im jeweiligen Kontext verfolgen, wird *Geld* benötigt. Geld ist in der Gesellschaft nicht nur universelles Kommunikationsmedium, sondern auch nahezu universeller Speicher von (zeitlichen, räumlichen) Optionen (vgl. Deutschmann 2002, 93). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bei Verknappung der zur Verfügung stehenden Geldsummen in gesellschaftlichen Kontexten auch die Menge verfügbarer Optionen abnimmt, mit absehbaren Schwierigkeiten für politische Herr-

schaft, ein Kompromissgleichgewicht zwischen verschiedenen organisierten Kräften zu stabilisieren (vgl. auch Schimank 2008, 9ff.).

Zweitens sind politisch organisierte AkteurInnen mit Handlungsumwelten konfrontiert, die wegen der schöpferischen Zerstörung im Kapitalismus unter permanentem Veränderungsdruck stehen (s.o.). Auf Dauer kann keine Weltanschauungsgemeinschaft diesem Druck gegenüber ignorant bleiben, wenn sie nicht an Relevanz und Einflussreichweite einbüßen möchte. Organisierte Gruppen sind deswegen fortwährend darauf angewiesen, dass Regierungen abwechslungsdämpfend auf ihre „soziale Basis“ einwirken (der englische Begriff der „constituency“ trifft die gemeinte Gesamtheit von Individuen deutlich besser), weil sie ansonsten kontinuierlich zerrinnt. Einen Vorteil in den nicht endenden Auseinandersetzungen um Güter und Positionen erreichen deswegen Gruppen, denen es gelingt, erfolgreich einen Personenkreis als ihnen zugehörig ansprechen zu können; für politische Kollektive ist deswegen „die wesentliche Aufgabe, systematisch und geduldig darauf zu achten, diese Kraft zu formieren, zu entwickeln, sie immer homogener, kompakter, selbstbewusster zu machen“ (Gramsci 1996 [1932–34], 1565).

Drittens erwächst ein Grundproblem aus der politischen Organisationsweise der bürgerlichen Gesellschaft, dem Wohlfahrtsstaat. Wohlfahrtsstaaten relativieren die Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft durch die Schaffung sozialer StaatsbürgerInnenrechte. Während im oben skizzierten Idealtyp bürgerlicher Gesellschaften Einkommen den Menschen in ihrer Rolle als bourgeois zufließt, d.h. als ProduktionsmittelbesitzerInnen oder ArbeitskraftverkäuferInnen (und, über eine dieser beiden möglichen Haushaltsvorstände vermittelt, als ReproduktionsarbeiterInnen), werden Teile dieser Einkommen von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen abgezweigt und fließen den Betroffenen im Falle eines legitimen Bedarfs (Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Überschreitung der Altersgrenze usw.) qua Status als citoyens zu. Damit suspendieren sie nicht die konstitutive Ungleichheit der bürgerlichen Gesellschaft, schwächen aber ihre Auswirkung auf Sozialstrukturen und modifizieren die ihr zugrunde liegende strikte Leistungsethik.

Soziale Staatsbürgerrechte erzeugen die Vorstellung eines idealen Staatsbürgerstatus, an der die Fortschritte gemessen und auf die die Anstrengungen gerichtet werden können. Der Drang, auf dem damit vorgezeichneten Pfad vorwärtszukommen, ist ein Drang zu einem volleren Maß an Gleichheit, zu einer Bereicherung der dem Status Inhalt gebenden Substanz und zu einer Zunahme der Zahl jener, denen der Status gewährt wird. (Marshall 1992 [1949], 53)

Unschwer zu erkennen wurde sozialdemokratisch-keynesianische Praxis der Nachkriegsjahrzehnte in den industrie-kapitalistischen Ländern von ebendiesem Drang angetrieben. Dabei unterscheiden sich die „Spielarten“ des Wohlfahrtsstaates durchaus im Gesicht danach, wann sie eine Forderung nach Sozialeinkommen oder Zugang zu Einrichtungen ihrer Infrastruktur für legitim erachteten, wie hoch diese Ansprüche ausfielen und wie eng sie an den StaatsbürgerInnenstatus gekoppelt sind (vgl. nach wie vor als systematische Begründung unterschiedlicher Idealtypen des Wohlfahrtsstaates Esping-Anderson 1990, Kap. 1). Allen Typen gemeinsam ist jedoch, dass sie ihre Leistungen nur auf der Grundlage prosperierender kapitalistischer Ökonomien gewähren können. Das Prosperieren bleibt allerdings auch in der modifizierten Variante bürgerlicher Gesellschaften vom Verhalten der ProduktionsmittelbesitzerInnen abhängig. Wenn die Gewinnerwartungen der Einzelkapitale negativ ausfallen, sinkt das Aktivitätsniveau der Wirtschaft, der zu verteilende „Kuchen“ schrumpft (vgl. Przeworski 1986, 138f.) und damit die Spielräume herrschaftsstabilisierender Kompromisse zwischen unterschiedlichen sozialen Kräf-

ten. Solange Regierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten soziale Rechte gewähren, verfügen sie also über die Verpflichtung, Infrastrukturen und Einkommen bereitzustellen, die sie aus dem volkswirtschaftlichen Aufkommen abzweigen; und sind für eine breite Basis politischer Herrschaft auf sie angewiesen. Sie können allerdings nie definitiv sicherstellen, dass ihnen die dazu notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen werden.

3. Demokratie unter dem Regime der Austerität

3.1 Was Austerität bedeutet

Politische Auseinandersetzungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden im Wohlfahrtsstaat geprägt sein von verschärfter *permanenter Austerität*. Der am Ende des vorherigen Abschnitts beschriebene Widerspruch zwischen sozialen Rechten und dem Prärogativ der KapitalbesitzerInnen verdichtet sich zu einem strukturellen Immobilismus. Um diesen in den Griff zu bekommen, greifen die politisch dominanten Kräfte auf aktualisierte Formen der Sozialdisziplinierung zurück. Austerität meint ein politisches Regime innerhalb von Wohlfahrtsstaaten, in dem die staatlichen Ausgaben sich mit den Einnahmen decken sollen; die vorhandene Mittelknappheit wird dabei vorrangig durch Ausgabenkürzungen verringert (vgl. Streeck/Martens 2010, 7). Politisch kann eine Politik der Ausgabendrosselung unterschiedliche politische Akzente tragen. In der (sicherlich speziellen) Situation Schwedens während der Nachkriegszeit etwa drängten ausgerechnet die Gewerkschaften ihre damals stets sozialdemokratischen Regierungen, eine restriktive Finanzpolitik zu praktizieren, damit sie selbst wiederum eine expansive und „solidarische“ Lohnpolitik durchsetzen konnten, ohne damit Inflation anzukurbeln (vgl. Scharpf 1987, 119–125).

In der jetzigen Konstellation allerdings verdankt sich die Austerität dem extrem gewachsenen Schuldenstand der industriekapitalistischen Staaten einerseits und dem Verzicht auf Veränderung politischer Rahmenbedingungen, die eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen oder größere Unabhängigkeit von schuldenfinanzierten Ausgaben ermöglichen, andererseits, und befördert eine Renaissance en force des „neoliberalen Konstitutionalismus“ (Gill 1995, 412). An der Diagnose stark gestiegener Staatsverschuldung ist tatsächlich wenig anzuzweifeln. Die Situation hat sich im Ausklang der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Europäischen Union erheblich verschärft. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte innerhalb der Europäischen Union etwa erreichte im Mai 2010 durchschnittlich eine Höhe von 7 % des Bruttoinlandsprodukts, das Gesamtdefizit belief sich im Schnitt auf 80 % der Wirtschaftsleistung, in deutlicher Abweichung von den Obergrenzen (drei bzw. 60 %), die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgehalten sind (vgl. EU-Kommission 2010b, 2). Es ist unwahrscheinlich, dass die Schuldenlasten bald abnehmen, zumal viele der eingeleiteten Austeritätsmaßnahmen wie Ausgaben-, Lohn- und Rentenkürzungen dämpfend auf das Wirtschaftswachstum in den fraglichen Ländern wirken werden.

An einigen Varianten der These permanenter Austerität ist zu Recht kritisiert worden, dass sie die „eingeklemmte“ Situation von Regierungen in Wohlfahrtsstaaten zu stark auf säkulare Trends zurückführen, die keinerlei Spielräume für andere politische Pfade als die der Ausgabenkürzung ließen. Nicht nur die Reform von Wohlfahrtsstaaten zum Ziele der Ausgabenkontrolle ist ein politischer Prozess. Auch der Problemdruck durch globale Wirtschaftsverflechtungen, langsames Wirtschaftswachstum, Bevölkerungsalterung und zunehmende Inanspruchnahme

sozialer Leistungen (so die Liste der wichtigsten Problemquellen bei Pierson 2002, 370) können nicht als unpolitische Sachzwänge vorausgesetzt werden.² Im Falle der Bundesrepublik ist beispielsweise die Verschuldung der öffentlichen Haushalte einschließlich der Defizite in den Sozialversicherungen maßgeblich zurückzuführen auf Maßnahmen, denen strategische Überlegungen zugrunde lagen, wie einerseits den Einsatz von Frühverrentungen zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen (und Besänftigung der Gewerkschaften), andererseits die Entscheidung, die Finanzierung der deutschen Einheit nach 1990 mithilfe der Sozialversicherungen anstatt durch höhere Steuern zu finanzieren (vgl. Mertens/Streeck 2010, 16ff.). Im Kontext der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird noch stärker offensichtlich, dass die Grundlage für das Austeritätsregime an institutionell abgesicherte, interessegeleitete Sichtweisen einer guten und effizienten Wirtschaftsverfassung gebunden ist. Die Geldknappheit würde erheblich vermindert, wenn Staatsausgaben zur Krisenmilderung durch Notenbankkredite statt Verschuldung bei privaten Gläubigern finanziert worden wären (was derzeit durch Art. 123 des AEUV verboten ist), durch harmonisierte Steuern auf Einkommen und Kapitalerträge usw. Auch die von Joseph Schumpeter zur Begleichung der kriegsbedingten Staatsverschuldung unterstützte Vermögensabgabe (vgl. Schumpeter 1976 [1918], 361) war kein Verhandlungsgegenstand der europäischen Regierungseliten. Unter diesen Bedingungen bilden die Verhältnisse ein günstiges Terrain für Re-Organisierungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit entlang neoliberal-konstitutionalistischer Prioritäten.

Einen Härtefall von Austeritätspolitik, in dem geradezu lehrbuchartig die Kennzeichen des neoliberalen Konstitutionalismus zur Geltung kommen, bilden diejenigen Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die zur Abwendung ihrer Zahlungsunfähigkeit am Kapitalmarkt Unterstützungen in Anspruch nehmen. Griechenland etwa hat sich zu weitreichenden Strukturreformen verpflichtet, die in einem Memorandum über die Konditionalitäten für die gewährten Finanzhilfen benannt und deren Implementierung aufs Quartal genau vorgeschrieben wird (vgl. EU-Kommission, IWF, EZB, Griechenland 2010). Es handelt sich dabei nicht allein um eine ökonomische, sondern um eine kulturell-moralische Strukturreform im o.g. gramscianischen Sinne. Die griechische Regierung verpflichtet sich, lokale Gebietskörperschaften zusammenzulegen, was außer den geplanten Kosteneinsparungen unweigerlich Auswirkungen auf das Gesicht demokratischer Entscheidungen und deren Umsetzung in den Regionen des Landes haben wird (vgl. ebd., 2). In der Vorschrift, den Schienenverkehr für den Wettbewerb zu öffnen, Konkurrenz unter AnbieterInnen auf der Schiene zuzulassen und unprofitable Strecken stillzulegen (ebd., 3), wird schon eine Tendenz deutlich, das Spektrum an zulässigen Infrastrukturen zu beschneiden, mit denen innerhalb der Gemeinschaft der StaatsbürgerInnen der Anspruch auf soziale Rechte verwirklicht werden kann. Unabweisbar wird schließlich die Tendenz zur Disziplinierung von ArbeitskraftverkäuferInnen in der Vereinbarung, durch die Relativierung von Tarifverträgen Gewerkschaften zu schwächen, Mindestlöhne für drei Jahre einzufrieren und die Anwendung von befristeten Verträgen zu erleichtern (vgl. ebd. 10).

3.2 Zur demokratiethoretischen und gesellschaftstheoretischen Interpretation von Austerität

Der Kern austeritätspolitischer Maßnahmen in der gegenwärtigen Zeit sind, wie am Beispiel Griechenlands deutlich wird, Vorkehrungen zur gesellschaftsweiten Disziplinierung. Dass die Maßnahmen, die den hoch verschuldeten Staaten auferlegt werden, ihr Wirtschaftswachstum viel

eher abwürgen als stimulieren, wird von den Verantwortlichen gar nicht ernsthaft bestritten. Auferlegt werden Maßnahmen mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Nationalstaaten gegenüber ihren GläubigerInnen sicherzustellen; dazu werden institutionalisierte Klassenkompromisse beseitigt, die den Betroffenen als *citoyens* Anteile am erwirtschafteten Einkommen ihrer Volkswirtschaft zusprechen. Weil diese Kompromisstrukturen aber nicht nur interessenpolitisch verhandelte „Paketlösungen“ sind, sondern komplexe, von sozialen Kräften mit je spezifischen Geschichten und Identitäten konstruierte Institutionen einer politischen Gemeinschaft, unterläuft ihre Zerstörung auch die Basis für hegemoniale Politik im oben skizzierten Sinne. Die neoliberal-konstitutionalistische Politik unter den Vorzeichen von Austerität ist daher anti-hegemonial. Angesichts beständigen Veränderungsdrucks durch kapitalistische Akkumulation ist fortwährende politische Intervention notwendig, um die sozialstrukturelle Grundlage sozialer Kräfte zu erneuern, doch solche Eingriffe werden jetzt unterbleiben. Verschärft wird die Situation durch Geldknappheit in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten. Wenn Organisationen als Trägerinnen der jeweiligen Handlungsorientierungen verschärft um die beinahe universelle Ressource Geld konkurrieren und stärker nach Kostengesichtspunkten orientiert handeln müssen, geraten die Orientierungen der Konkurrentinnen in den Blick und werden kritischer normativer Prüfung unterworfen. Ein Klima verschärften Misstrauens ist wahrscheinlich.

Zeitdiagnostisch sind Relevanz und Reichweite dieser Politik hoch zu veranschlagen. Schließlich kann die Kontingenz von Gegenwartsgesellschaften durch demokratische Entscheidungen mittels zwei idealtypischer Konzepte sozialer Steuerung bearbeitet werden. Mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates hat sich dasjenige der *Versicherung* durchgesetzt, das die Optionenvielfalt erträglich macht, indem ihre Folgen nachträglich kompensiert und abgefedert (vgl. Makropoulos 1990, 421) werden, dem auch der ganze Apparat sozialer Rechte entspricht. Unter dem neoliberalen Konstitutionalismus wird allerdings ein Teil der Optionen, die sozialen Kräften zur Verfügung steht, problematisiert. Wenn die Ansprüche der Rentiers auf Zinszahlungen auf die von ihnen gehaltenen Staatsschulden bedient werden müssen, aber das Aktivitätsniveau der Wirtschaft absehbar fallen wird, andererseits die ProduktionsmittelbesitzerInnen nicht auf Erträge verzichten wollen (oder können), bietet es sich an, die Handlungsmöglichkeiten der ArbeitskraftverkäuferInnen zu reduzieren, die ihnen gestatten könnten, den ihnen verbliebenen Teil des wirtschaftlichen Aufkommens auf Kosten von Rentiers und KapitalbesitzerInnen zu vergrößern. *Disziplinierung*, verstanden als „pragmatische Funktion der möglichst vollständigen sozialen Integration von Individuen, deren Handlungskontingenz als potenzielle Disfunktionalität problematisiert und konkret als aktuelle oder zumindest virtuelle Gefährlichkeit codiert wird“ (ebd., 413), die andere Variante sozialer Steuerung, gewinnt also an Attraktivität. Den Betroffenen wird auferlegt, durch Verhaltensanpassungen und Anspruchsreduktion, damit aber letztlich durch Akzeptanz einer anderen Sichtweise des politisch gebotenen und zulässigen Kräfteverhältnisses die veränderte Lage erträglich zu gestalten.

Auf diese Weise wird die Verknappung von Geldressourcen zum Schmiermittel für (teilweise von starkem politischem Irrationalismus getragene) „rechtspopulistische“ ideologische Versatzstücke in der politischen Auseinandersetzung. Zwischen den unterstützungswürdigen, unverschuldet Abhängigen von Sozialtransfers und den selbst verschuldeten Armen wird die Grenze immer deutlicher gezogen (vgl. Peck 2001, 34). Ob sich ein tatsächlicher fiskalischer Einspareffekt einstellt, ist dabei sogar zweitrangig – im Falle der deutschen Hartz-IV-Gesetzgebung standen am Ende des Gesetzgebungsprozesses sogar Mehrausgaben gegenüber dem früheren Zustand (Mertens/Streeck 2010, 20f.); wichtiger ist das dahinter stehende Vorhaben, die Rechte und Pflichten verschiedener sozialer Gruppen zueinander in ein neues Verhältnis zu

stellen. Stuart Hall beobachtete schon am Thatcherismus, dass im Vordergrund seiner politischen Durchsetzung keine erfolgreiche Schlacht des Monetarismus gegen den Keynesianismus gestanden habe, sondern die Restauration einer Leistungsethik, die durch zu großzügige sozialstaatliche Leistungen einerseits und Überbesteuerung der LeistungsträgerInnen andererseits verloren gegangen zu sein schien (vgl. Hall 1979, 17). Ein Konflikt mit vermeintlichen „SchmarotzerInnen“ hat den Charme, gewonnen werden zu können, und im Gegensatz zur abstrakten und stummen Gewalt der „Märkte“ hat die lästige Sozialstaatsklientel den Vorzug, ein Gesicht zu besitzen. Dabei ist es keine bloße Manipulation zugunsten der Rentiers, die sich hier durchsetzt; in jeder Gesellschaft können Wohlfahrtsstaaten immer mit dem Problem konfrontiert werden, dass sich Einkommensansprüche verschiedener Gruppen nicht gleichermaßen bedienen lassen. Wichtig sind daher die politische Konjunktur, in der solche Konflikte auftreten, sowie die Motive derjenigen, die Rechte und Pflichten der Gesellschaftsmitglieder neu verhandeln. Sozialdisziplinierung erhält Bedeutung im Kontext ebenso normativ wie ökonomisch begründeter Neuverhandlung von Staatsaufgaben und -strukturen (vgl. Hay 1999, 331). Krisenhaft wird dieser Umbau weiterhin bleiben, solange er auf Bevölkerungen stößt, für die Zustände vertraut oder vorstellbar sind, in der ihre Optionen weniger durch politische Entscheidungen eingeschränkt waren.

3.3 Postdemokratie und Postneoliberalismus – Zeitdiagnosen auf der Folie der Austerität

Colin Crouchs These der „Postdemokratie“ teilt mit der Diagnose der Austerität als Regime die Ahnung, dass gesellschaftliche Dynamiken, vor allem die kapitalistische Wirtschaftsweise einen Problemdruck auf die Grundlagen und die Institutionen demokratischer Politik ausüben, der Demokratie als formales Konstrukt zwar nicht antastet, aber als Regierungsweise, die Ideen und Interessen der Beherrschten gegenüber responsiv ist, zunehmend aushöhlt. Crouch konstatiert weiterhin, dass politische Entscheidungen von Wirtschaftseliten diktiert und dem politischen Personal hinter verschlossenen Türen getroffen werden, nur notdürftig durch inhaltsleere Spektakel verkleidet (vgl. Crouch 2004, 3f.). Angesichts der Aufwallungen von BürgerInnen-Protesten in den vergangenen Jahren in den USA und Europa, dem Wahlerfolg Barack Obamas und einer bald darauf folgenden Gegenbewegung durch radikale konservative Gruppen scheint es notwendig, Crouchs These zu relativieren³. Auch Phänomene wie kritische Webseiten, Blogs und jüngst Wikileaks könnten durchaus als Instrumente einer kritischen Gegenöffentlichkeit bewertet werden und als hoffnungsvolle Anzeichen für ein Aufbrechen hermetisch geschlossener Elitenkartelle, die wahrhaften politischen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Ideen verhindern. Dass auf dem Hintergrund von fiskalischer Austerität erfolgreich gesellschaftliche Disziplinierung durchgesetzt wird, mahnt allerdings zur Vorsicht. Gegen die Erwartung einer Revitalisierung der Demokratie aus den „unkonventionellen“ Partizipationsformen spricht, dass diese überproportional von Personen aus einkommensstarken Schichten genutzt werden. Sie bilden deswegen kein Korrektiv gegen die vielerorts registrierte hohe Wahlabstinenz von Personen aus einkommensschwachen Haushalten, sondern vermitteln viel eher das wenig tröstliche Bild von Menschen, die auf die Wahrnehmung ihrer politischen Bürgerschaftsrechte verzichten (vgl. Schäfer 2010, 135ff.). In der oben verwendeten Theoriesprache ausgedrückt: Die Betroffenen ziehen sich von der Rolle des *citoyen* schlechthin zurück. Damit entfallen sie allerdings auch als mögliche Veto-Player gegen Politiken, die sie materiell oder ideologisch benachteiligen. Ihr massenhafter Politikverzicht ist die Rückseite der anti-hegemonialen autoritären Austeritätspo-

litik politischer Eliten. Colin Crouchs pessimistischer Einschätzung, dass sich die Funktionseliten des globalen Kapitalismus möglicherweise nur noch durch gewaltgestützte Eskalation zurück an den Verhandlungstisch zwingen lassen, gewinnt hier zusätzliche Plausibilität (vgl. Crouch 2004, 123). Im schlimmsten Falle stehen die betroffenen wohlfahrtsstaatlichen Demokratien am Beginn einer selbstverstärkenden Entwicklung aus fiskalischer Knappheit, sozialdisziplinierende Maßnahmen gegen BezieherInnen von Transfereinkommen und deren sukzessive stärkeren Verabschiedung aus dem politischen Prozess.

Dieses „Worst Case“-Szenario widerspricht Diagnosen von „*Postneoliberalismus*“, denen es darum geht, das politische Terrain in einer Zeit zu vermessen, in der Versprechungen von Wohlstandszuwächsen für alle durch den bekannten Instrumentenkasten der Privatisierung öffentlicher Güter, Deregulierung der Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkte und der Steuersenkungen nicht mehr plausibel erscheinen (vgl. Brand 2008, 318f). Inwiefern sich industrie-kapitalistische Länder bereits in einer solchen Situation befinden, ist allerdings fraglich. So gibt es immer noch wichtige politische Kräfte, die einen Ausweg aus der fiskalischen Austerität mit dem Arsenal des politischen Neoliberalismus suchen. Allerdings stimmt der Blick auf diese politischen Kräfte eher skeptisch. In einem beachtlichen Akt wirtschafts- und haushaltspolitischer Akrobatik verlangen etwa die bundesdeutschen Liberalen (vgl. Streeck/Mertens 2010, 25), als auch die Republikanische Partei in den USA, und unter ihnen vor allem die „Tea Party“, sowohl Ausgabenkürzungen im Sozialbereich, als auch Senkungen der Einkommenssteuer (vgl. Krugman 2010). Beide Kräfte vernachlässigen, dass große Ausschnitte ihrer Bevölkerung direkt oder indirekt von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen abhängig sind, als Stütze ihrer Lebensweise oder als volkswirtschaftlich wirksame Nachfrageaggregate (vgl. Pierson 2002, 371). Ein Frontalangriff auf wichtige Institutionen der sozialen Sicherung ist wohl nur unter dem Eindruck massiver Abhängigkeit äußerer Faktoren möglicherweise erfolgreich, wie im Falle Griechenlands, Irlands oder der osteuropäischen Länder außerhalb der Euro-Zone, die rigide Kürzungsaufgaben des IWF einhalten müssen (vgl. Wehr 2010, 34ff.).

Tatsächlich mag es selbst noch unter den Bedingungen fiskalischer Austerität den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen geben, etwa im Bereich der Infrastrukturen für Bildung und Kinderbetreuung. Sie wären sogar vereinbar mit dem austeritätspolitischen Ziel der Einnahmeerhöhung, weil sie Frauen von der Festlegung auf Reproduktionsarbeit emanzipieren helfen und zusätzliches Arbeitskräftepotenzial freisetzen könnten. Es ist aber zweifelhaft, dass mit Verbesserung sozialer Infrastrukturen die anti-egalitären Aspekte hinsichtlich ungleicher Einkommensverteilung und Partizipation effektiv abgemildert werden. Denn viele soziale Infrastrukturen sind „komplementäre Güter“. Um sie in Anspruch nehmen zu können, bedarf es bereits einer gewissen Einkommenshöhe bzw. ausreichend „kulturellen Kapitals“ im Sinne Bourdieus, um die Vorteile der Inanspruchnahme wertschätzen zu wissen (vgl. Hardin 1982, 87f.). Für viele der sozial Benachteiligten, die für eine „linke“ anti-neoliberale Koalition gewonnen werden müssten, bedeuten solchen Errungenschaften im Gegensatz zu den neuerdings viel gescholtenen Einkommenstransfers keinen Gewinn.

Die Theorie der rationalen Partizipation sieht dann eine höhere Wahrscheinlichkeit politischer Beteiligung Ressourcenschwacher, wenn diese die Machtdifferenziale in der Gesellschaft als nicht zu bedeutend wahrnehmen und realistischerweise annehmen können, dass es für sie unter gegebenen Bedingungen etwas zu gewinnen gibt (vgl. Dryzek/Goodin 1980, 277f.). Für beide Bedingungen ist die Diagnose derzeit negativ, was politische Eliten durchaus wahrnehmen. Austerität als dominantes fiskalpolitisches Regime informiert sie daher, dass es sich nicht lohnt, die Betroffenen zu mobilisieren – so dass Letztere sich gar nicht erst zu einer politisch relevanten Kraft

konstituieren können. Es ergibt sich das Bild einer Konstellation, in der kein Neoliberalismus als herrschende Ideologie notwendig ist, damit sich disziplinärer Neoliberalismus stabilisieren kann, und eine bestenfalls verhaltene Einschätzung post-neoliberaler Ausbruchversuche.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. die treffende Diagnose von „rutschenden Abhängen“ als Metapher für die Logik der unternehmerischen Handlungssituation bei Rosa 2005, 276f.
- 2 Vgl. ausführlich zur Kritik an „neo-malthusianischen“ Argumentationen Ryner 2009.
- 3 Crouch selbst sah den Wahlerfolg Obamas, der sich u. a. einer starken Basisbewegung verdankte, als erfreuliche – vorläufige – Widerlegung seiner eigenen These, vgl. Crouch 2009.

LITERATURVERZEICHNIS

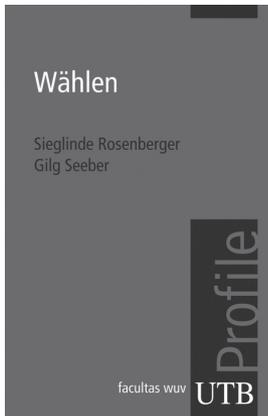
- Abromeit*, Heidrun (2002). Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen.
- Brand*, Ulrich (2008). Gegenhegemonie unter „post-neoliberalen“ Bedingungen. Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis, in: Christoph *Butterwegge*/Bettina *Lösch*/Ralf *Ptak* (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden, 318–334.
- Crouch*, Colin (2004). Post-democracy, Cambridge [u. a.].
- Crouch*, Colin (2009). „Ein schizophrener Moment“, Interview mit Robert Misik, in: die tageszeitung, 14.2. 2009.
- Deegan-Krause*, Kevin/Zsolt *Enyedi* (2010). Agency and the Structure of Party Competition: Alignment, Stability and the Role of Political Elites, in: West European Politics, Vol. 33(3), 686–710.
- Deutschmann*, Christoph (2002). Kapitalismus, Religion und Unternehmertum: Eine unorthodoxe Sicht, in: Christoph *Deutschmann* (Hg.): Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Leviathan Sonderheft 21/2002, Wiesbaden, 85–108.
- Dryzek*, John/ Robert *Goodin* (1980). Rational Participation: The Politics of Relative Power, in: British Journal of Political Science, Vol. 83, 273–292.
- Esping-Andersen*, Gösta (1990). The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Europäische Kommission*: Reinforcing economic policy coordination. Communication. Internet: http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/documents/2010-05-12-com%282010%29250_final.pdf.
- Gill*, Stephen (1995). Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism, in: Millennium: Journal of International Studies, 24. Jg., Nr. 3, 399–423.
- Greven*, Michael Th. (1999). Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Deziision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Griechische Regierung/Europäische Kommission/Europäische Zentralbank/Internationaler Währungsfonds*. Memorandum of Understanding on Specific Economic Policy Conditionality. Internet: http://www.mnec.gr/export/sites/mnec/en/press_office/DeltaTypou/Documents/2010_05_04_EUxBundle2.pdf (3.5. 2010).
- Gramsci*, Antonio (1991ff.). Gefängnishefte, hg. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände, Hamburg.
- Hall*, Stuart (1979). The Great Moving Right Show, in: Marxism Today, Vol. 3(1), 14–20.
- Hay*, Colin (1999). Crisis and the structural transformation of the state: interrogating the process of change, in: British Journal of Politics and International Relations, Vol. 1(3), 317–344.
- Hardin*, Russell (1982). Collective action, Baltimore.
- Joas*, Hans (1992). Die Kreativität des Handelns, Frankfurt am Main.
- Krugman*, Paul (2010). The Flimflam Man, in: The New York Times, 5.8. 2010.
- Marshall*, Thomas Humphrey (1992). Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main.
- Makropoulos*, Michael (1990). Möglichkeitsbändigungen. Disziplin und Versicherung als Konzepte zur sozialen Steuerung von Kontingenz, in: Soziale Welt, Vol. 41(1), 407–423.
- Marx*, Karl/Friedrich *Engels* (1956ff). Werke (MEW), Berlin (DDR).
- Peck*, Jamie (2001). Workfare states, New York, NY.
- Pierson*, Paul (2002). Coping with permanent austerity: Welfare state restructuring in affluent democracies, in: Revue française de sociologie, Vol. 43(2), 369–406.

- Przeworski*, Adam (1986). *Capitalism and social democracy*, Cambridge.
- Przeworski*, Adam (1990). *The state and the economy under capitalism*, Chur/Schweiz [u.a.].
- Rosa*, Hartmut (2002). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Ryner*, Magnus (2009). *Neoliberal European Governance and the Politics of Welfare State Retrenchment: A Critique of the New Malthusians*, in: Bastiaan *Van Apeldoorn*/Jan *Drahokoupil*/Laura *Horn* (Hg.): *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance*, London, Palgrave Macmillan, 44–64.
- Schäfer*, Armin (2010). *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Vol. 4(1), 131–156.
- Scharpf*, Fritz W. (1987). *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt a.M./New York.
- Schimank*, Uwe (1988). *Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteursfiktionen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 40(4), 619–639.
- Schimank*, Uwe (2005). *Organisationsgesellschaft*, in: Wieland *Jäger*/Uwe *Schimank* (Hg.): *Organisationsgesellschaft. Facetten und Perspektiven*, Wiesbaden, 19–50.
- Schimank*, Uwe (2008). *Kapitalistische Gesellschaft – differenzierungstheoretisch konzipiert*. Internet: <http://www.mpifg.de/wirtschaftssoziologie-0802/papers/Schimank-Kapges.pdf>.
- Schimank*, Uwe (2010). *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. Weinheim.
- Schmitter*, Philippe C. (1995). *Post-Liberal Democracy: Does it have a future?*, in: Karlheinz *Bentele*/Ronald *Schettkat*/Bernd *Reissert* (Hg.): *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Fritz W. Scharpf. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt am Main, 47–63.
- Schumpeter*, Joseph Alois (1976 [1918]). *Die Krise des Steuerstaates*, in: Joseph Alois *Schumpeter*/Rudolf *Goldscheid*: *Die Finanzkrise des Steuerstaates, Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*, Frankfurt am Main, 329–279.
- Schumpeter*, Joseph Alois (1993 [1942]). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München.
- Streeck*, Wolfgang/Daniel *Mertens* (2010). *Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitisches Regime*. MPIfG Discussion Paper 10/5, Köln. Internet: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-5.pdf.
- Terkessidis*, Mark (2010). *Interkultur*, Berlin.
- Walzer*. Michael. *Liberalism and the Art of Separation*, in: *Political Theory*, Vol. 12(3), 315–330.

AUTOR

Alban WERNER, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der RWTH Aachen University, seit 2009 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Strukturwandel der politischen Opposition“, Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Das Argument*. Forschungsinteressen: Demokratie- und Staatstheorien, europäische Integration, politische Soziologie.

Korrespondenzadresse: Eynattener Straße 31-33, D-52064 Aachen
E-Mail: alban.werner@web.de



Sieglinde Rosenberger, Gilg Seeber

Wählen

**Theoretische Grundlagen und
interdisziplinäre Aspekte**

UTB: facultas.wuv 2008, 112 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-8252-3015-9
EUR 10,20 [A] / EUR 9,90 [D] / sFr 18,90

Wählen gilt als bedeutendste politische Partizipationsform. Zeitweilig zwar Erosionen unterworfen (sinkende Wahlbeteiligung, Anfechtung der Resultate, mangelnder Konsens über die ableitbare Machtverteilung) zeigt sich am Zugang zum Wählen aber nach wie vor die Qualität einer Demokratie. Der Band stellt Wählen in den demokratiepolitischen Kontext, präsentiert theoretische Diskussionen und verweist empirisch auf europäische Staaten und die EU.